



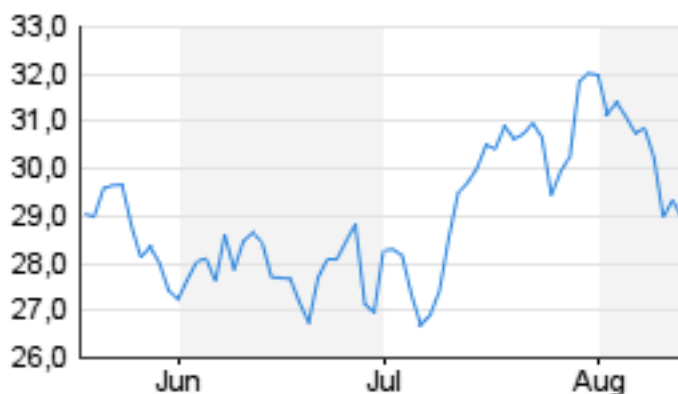
Geldwäsche-Skandal in Russland



Wegen eines Geldwäsche-Skandals in Moskau droht der Deutschen Bank eine deftige Millionenstrafe. (Foto: picture alliance / dpa)

Deutscher Bank droht neue Millionenstrafe

Die Deutsche Bank hat einmal mehr mit negativen Schlagzeilen zu kämpfen: Mitarbeiter des Geldhauses sollen in Russland Kunden bei der Geldwäsche geholfen haben. Der neuerliche Skandal hat dabei sogar Auswirkungen bis auf die Chef-Etage.



[Deutsche Bank 28,95](#)

Die schlechten Nachrichten für die Deutsche Bank reißen nicht ab: Ein Geldwäsche-Skandal in Moskau stellt nicht nur den Kulturwandel der Bank infrage, sondern ihr droht auch eine hohe dreistellige Millionenstrafe, wie das "Handelsblatt" schreibt. "Das könnte die Qualität von Libor haben", sagten mehrere informierte Personen der Zeitung. Wieder scheint es erhebliches Versagen der internen Kontrollen gegeben zu haben. Neben Geldwäsche würden Kapitalflucht und der Bruch von US-Sanktionen geprüft.

Eine Geldbuße von 2,2 Milliarden Euro wie bei den Manipulationen des Referenzzinssatzes Libor wird zwar momentan nicht erwartet, aber nach "Handelsblatt"-Informationen hält die Abteilung des neuen Finanzvorstands Marcus Schenck in ersten Schätzungen eine Strafe im hohen dreistelligen Millionenbereich für möglich. Weil die Ermittlungen noch am Anfang stehen und es derzeit keine Präzedenzfälle gibt, kann die Bank demnach bisher keine Rückstellungen bilden, schreibt die Zeitung.

Dass der Russland-Skandal kein Altfall ist, sondern in die Gegenwart bis zum April 2015 hineinreicht, hat die Bank demnach besonders hart getroffen. Der Fall spielte auch eine wesentliche Rolle beim überraschenden Chefwechsel der Bank. Er war einer der Auslöser, der die Stimmung im Aufsichtsrat gegen Ex-Chef Anshu Jain kippen ließ.

Erst am Donnerstag war ein neuer Skandal rund um die Deutsche Bank bekannt geworden. Die Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt hatte Anklage gegen Mitarbeiter des Geldhauses wegen des Verdachts der [bandenmäßigen Steuerhinterziehung](#) im Zusammenhang mit dem Handel von Luftverschmutzungsrechten erhoben.